

Übersichten

Außenpolitik

* (1) USA-Besuch des chinesischen Außenministers

Anfang März 1988 besuchte Wu Xueqian die USA, führte mehrere Gesprächsrunden mit seinem Amtskollegen Shultz und wurde unter anderem von Präsident Reagan empfangen.

Wichtigstes Ergebnis der Gespräche war die Zusage von seiten Washingtons, die Einschränkungen für den Export von Hochtechnologie nach China wieder aufzuheben.

Die USA hatten diese Einschränkungen am 22. Oktober 1987 mit der Begründung dekretiert, China habe Raketen vom Typ "Seidenraupe" an den Iran verkauft. Inzwischen habe man von seiten der amerikanischen Regierung feststellen können, daß seit Herbst vergangenen Jahres keine weiteren chinesischen Raketenverkäufe an den Iran getätigt worden seien; deshalb habe man sich zu einer Modifizierung der bisherigen Politik entschlossen.

Die chinesische Seite erklärte dem amerikanischen Außenministerium gegenüber, China sei bereit, ein von der UNO vorgeschlagenes Waffenembargo gegen kriegführenden Staaten zu unterschreiben, wenn die "Überwältigende Mehrheit der Mitglieder des UN-Sicherheitsrats" der Ansicht sei, daß dieses Abkommen verabschiedet werden soll.

Die amerikanische Regierung sagte China zu, den Annäherungsprozeß der Volksrepublik an Taiwan zu fördern, vor allem den Austausch von Post-, Handels-, Flug- und Schiffsverbindungen.

Ferner informierte Wu Xueqian seinen Amtskollegen Shultz über die chinesische Tibetpolitik, im Zusammenhang mit der es zwi-

schen beiden Ländern in den letzten Wochen zahlreiche Verstimmungen gegeben hat, nachdem Senat und Repräsentantenhaus Protestdeklarationen gegen die Verletzung von Menschenrechten in Tibet erlassen haben (XNA, 9.3.88).

Auch sonst gab es in letzter Zeit noch einige Gründe für gegenseitige Verstimmung, so daß an Gesprächsstoff kein Mangel war:

- Im Dezember 1987 hatten die USA zwei chinesische Diplomaten unter Spionageverdacht des Landes verwiesen (FT, 21.12.88).

- Im Juli 1987 hatten die USA eine Porträtausstellung in China abgesetzt, nachdem die Chinesen darum gebeten hatten, aus der Zusammenstellung von 50 Porträts zwei herauszunehmen, nämlich das von Douglas McArthur und von Golda Meir, der früheren israelischen Ministerpräsidentin (XNA, 18.7.87).

Ansonsten aber entwickeln sich die Beziehungen durchaus erfreulich. Gegenwärtig beispielsweise sind die USA der drittgrößte Handelspartner Chinas. Ende 1986 hatten die USA in China bereits 304 Projekte direkt investiert - und zwar in Höhe von 2,7 Mrd. US\$ (= 13,5% am Gesamtbetrag aller Auslandsinvestitionen in China). Bei sämtlichen Handelsgesprächen werden die Amerikaner von den Chinesen allerdings immer wieder darauf hingewiesen, daß die amerikanischen Technologietransfer-Bestimmungen großzügiger gehandhabt werden müßten (z.B. XNA, 17.8.87). Im Zusammenhang mit rechtlichen Regelungen, die sich nicht zuletzt auf solche Transferfragen beziehen, hatte im August 1987 ein amerikanisch-chinesisches Rechtssymposium stattgefunden, das auf US-Seite vom amerikanischen Justizminister höchstpersönlich geleitet wurde und an dem nicht weniger als 1.700 amerikanische Juristen teilnahmen. -we-

* (2)

Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Uruguay

Am 3. Februar unterzeichnete der Ständige Vertreter der VR China bei den Vereinten Nationen, Li Luye, und sein uruguayischer Amtskollege in New York ein gemeinsames Kommuniqué über die Errichtung diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern. Danach erkennt die uruguayische Regierung "die Regierung der VR China als die einzige legale Regierung Chinas" an und bestätigt weiterhin, "daß Taiwan ein untrennbarer Teil des Territoriums der VR China ist". (XNA, 4.2.88)

Lange Zeit war Lateinamerika derjenige Kontinent, auf dem die Taiwaner Gegenregierung ihre meisten Partner hatte. Immer mehr Regierungen entschließen sich dort aber in der Zwischenzeit, die Beziehungen zu Taipe abzubauen, so z.B. im Juli 1986 Bolivien, im gleichen Jahr auch Nicaragua. Somit verbleiben für Taipe nur noch 12 Partner, nämlich Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Panama, Paraguay, St. Kitts/Nevis, Santa Lucia und St. Vincent/Grenada. Außerdem gibt es noch einen Partnerstaat in Europa (Vatikan), zwei in Asien (Südkorea, Saudi-Arabien), drei in Afrika (Südafrika, Swasiland und Malawi) sowie drei im südpazifischen Raum (Nauru, Salomoninseln und Tonga) (vgl. auch C.a., Juli 1985, Ü 52, und November 1985, Ü 33).

In einem Kommentar von Xinhua heißt es, daß der Geist der "Freundschaft und Zusammenarbeit" zwischen China und Lateinamerika in schnellem Wachstum begriffen sei. In den fünfziger Jahren habe die Volksrepublik nur Handels- und Kulturbeziehungen auf Nicht-Regierungsebene unterhalten, inzwischen aber habe es zu 20 der 33 amerikanischen Staaten reguläre diplomatische Beziehungen aufgenommen. Es gebe Gemeinsamkeiten zwischen China und dem lateinamerikanischen Kontinent - man denke an die vergangene Kolonialgeschichte, an den Wunsch nach einer friedlichen internationalen Umgebung, nach unabhängiger Außenpolitik, nach Einmischungsfreiheit sowie die Tatsache, daß es sich hier wie dort um Entwicklungsländer handle.

China wünsche, auch mit den restlichen lateinamerikanischen Staaten auf der Basis der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz normale Beziehungen aufzunehmen. Die Voraussetzungen dafür seien günstig. 1981 besuchte Zhao Ziyang bei der ersten Reise, die je ein chinesischer Ministerpräsident auf dem Kontinent unternommen habe, Mexiko. 1985 unternahm er eine Rundreise durch Kolumbien, Brasilien, Argentinien und Venezuela.

Seit 1980 haben sieben Präsidenten und vier Premierminister aus Lateinamerika die VR China offiziell besucht. Daneben kamen Parlamentarierdelegationen aus Bolivien, Panama, Kuba, Kolumbien, Jamaica sowie Trinidad und Tobago.

Während der letzten Jahre ist es zusätzlich zu einem Wachstum der Außenwirtschaftsbeziehungen gekommen. Dabei steht China auch mit solchen Ländern in Handelsbeziehungen, mit denen es diplomatisch nicht verbunden ist. 1985 lag der Gesamthandelsaustausch zwischen China und Lateinamerika bei 2,57 Mrd.\$.. Allerdings fiel dieses Volumen angesichts der zurückgehenden Ölpreise 1986 auf 2 Mrd. zurück, um dann bereits in den ersten 11 Monaten des Jahres 1987 erneut bei immerhin 1,8 Mrd. zu liegen.

Einzelprojekte sind die Mitarbeit Chinas an einer 500 km langen Eisenbahnlinie in Venezuela, die Zusammenarbeit mit Kolumbien auf dem Gebiet der Meeresfischerei und des Goldbergbaus sowie der Herstellung kleiner Land-, Bergbau- und Papierherstellungsmaschinen. Die kolumbianische Kaffeeindustrie kündigte an, sie werde in den Aufbau einer exportorientierten Kaffeefabrik in China investieren.

Peru will demnächst 200 chinesische Busse gegen eisenhaltigen Sand austauschen und gemeinsam mit China an der Entwicklung der Forstwirtschaft, der Fischerei und des Goldbergbaus, sowie der Errichtung pharmazeutischer Fabriken und dem Aufbau einer Seidenraupenzucht kooperieren. Ferner möchte Peru chinesische Anlagen zur Zementherstellung und Zuckerraffinerien auf der Grundlage von Kompensationsgeschäften einführen.

Argentinien plant den Import von 65.000 t Öltankern. Zusätzlich wird über den Import von Textilien, Petroleum und Kokskohle aus China verhandelt.

Brasilien plant ebenfalls, Kohle, Petroleum, Pharmazeutika und Seide aus China zu beziehen. Ferner ist Brasilien bereit, mit China bei der Produktion von Jandmaschinen in Westafrika zusammenzuarbeiten. Mit neun lateinamerikanischen Staaten wurden in der Zwischenzeit Kulturabkommen geschlossen (XNA, 4.2.88). -we-

*(3)

Zhao Ziyang: Bedingungen nicht reif für ein sino-sowjetisches Gipfeltreffen

ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang hat in einem Gespräch mit japanischen Journalisten der *Asahi Shimbun* am 27. Februar erneut darauf hingewiesen, daß das Haupthindernis für eine völlige Normalisierung der sino-sowjetischen Beziehungen in der sowjetischen Haltung gegenüber der vietnamesischen Besetzung von Kambodscha liegt. Wie Deng Xiaoping bereits vor zwei Jahren erklärt habe, werde es solange kein Treffen zwischen Deng und Gorbatschow geben, solange die Sowjetunion Vietnam nicht dazu veranlasse, seine Truppen aus Kambodscha abzuziehen. Da es in der Frage eines vietnamesischen Truppenabzugs bisher keinerlei Fortschritte gegeben habe, und dies das Haupthindernis für eine Normalisierung darstelle, seien die Bedingungen noch nicht reif für ein sino-sowjetisches Gipfeltreffen. (RMRB, 28.2.88) -sch-

*(4)

Der chinesisch-vietnamesische Streit um die Spratly-Inseln ist erneut aufgeflammt

Am 31. Januar 1988 schossen vier chinesische Kriegsschiffe zwei vietnamesische Transportschiffe in Brand, die sich auf dem Wege zu den Spratlys befanden. Daraufhin kam es zu einem Austausch von außenministeriellen Erklärungen und gegenseitigen Beschuldigungen, der jeweils andere sei in nationale Hoheitsgewässer eingedrungen.

Der Streit ist nicht neu und kommt gleichsam im Gezeitenrhythmus immer wieder hoch.

China beansprucht die Souveränität über das gesamte Südchinesische Meer, einschließlich sämtlicher dortiger Inselgruppen.

Vietnam gibt sich etwas bescheidener und hat mit Deklaration vom 20. Mai 1977 erklärt, daß es ein Küstenmeer von 12 sm und eine Anschlußzone von weiteren 12 sm, eine exklusive Wirtschaftszone von 200 sm (gemessen von der "Basislinie" aus) und das kontinentale Schelf beansprucht (FBIS, 20.5.77, S.K 1 f.) Diese vier Rechte gälten nicht nur für das vietnamesische Festland, sondern auch für "alle Inseln und Archipele", die zum vietnamesischen Territorium gehören und außerhalb der Küstengewässer liegen.

Mit solchen "vietnamesischen" Inseln und Archipelen sind auf alle Fälle der Paracel- und der Spratly-Archipel gemeint, die von den Chinesen Xisha ("Westlicher Sand") bzw. Nansha ("Südlicher Sand") und von den Vietnamesen Huang Sa ("Gelber Sand") bzw. Truong Sa ("Langer Sand") genannt werden. Die Macclesfield Bank (chin.: Zhongsha = "Mittlerer Sand") wird von Vietnam dagegen offensichtlich nicht beansprucht - ganz gewiß auch nicht Pratas (chin.: Dongsha = "Östlicher Sand"), das ja in unmittelbarer Küstennähe zur chinesischen Provinz Guangdong liegt.

Im Gegensatz dazu hat China gerade am 22.2.1988 wieder expressis verbis erklärt, daß es alle vier Archipele als chinesisches Territorium betrachte. Wenn China Schiffe zu einigen Inseln der Nansha-Gruppe und in das Seegebiet rings um diesen Archipel entsende, damit sie Untersuchungen anstellen und normale Patrouillen unternehmen, so sei dies eine rein innerchinesische Angelegenheit.

Das Institut für Asienkunde hat zu dem Inselstreit eine ausführliche Dokumentation herausgegeben ("Umstrittene Seegebiete in Ost- und Südostasien. Das internationale Seerecht und seine regionale Bedeutung", Nr.145 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1985, vor allem S.189 ff.) und dort im einzelnen dargelegt, daß es bei all diesen Streitigkeiten lediglich um eine Frage geht, nämlich darum, wer die ursprünglich "herrenlosen" Inseln zuerst in Besitz genommen hat: China oder Vietnam. Beide bringen eine Fülle von Argumenten, die sich im Dunkel der Geschichte verlieren und einer ernsthaften Nachprüfung nicht standhalten (ebenda, S.217 ff.). Letztlich gibt es zu dieser Frage keine "materielle Wahrheit", sondern lediglich eine "formelle Wahr-

heit" - mit dem Ergebnis, daß die Status-quo-Eigentumsverhältnisse "rechters" sein müssen, wenn der Streit nicht ewig weiter dauern oder aber durch einen gewaltsamen kriegerischen Konflikt gelöst werden soll. Eine militärische Lösung wäre schon deshalb problematisch, weil an dem Maritimstreit nicht nur China und Vietnam, sondern noch eine Reihe weiterer Staaten, nämlich Malaysia, Indonesien und die Philippinen mitbeteiligt sind.

Die Bedeutung des Südchinesischen Meeres und seiner Inselgruppen liegt auf der Hand: Es umfaßt 3,4 Mio. qkm, also etwa die gleiche Fläche wie Mittelmeer und Schwarzes Meer zusammengenommen, grenzt an die Küsten Südchinas, Taiwans, Vietnams, der Philippinen, Malaysias und Indonesiens und erstreckt sich halbmondförmig bis zum Golf von Thailand hinüber. Zusammen mit der Malacca-Straße und der Andamanischen See bildet es den Hauptkanal, der den Pazifik mit dem Indik verbindet, und in dem sich die verschiedensten Seefahrtsrouten aus Europa, Afrika, Mittelost, Südasien und den fernöstlichen Ländern zu einer Art maritimem Laser bündeln. Das Südchinesische Meer war seit Jahrhunderten ein Kreuzungsweg für den arabischen, indischen, persischen, chinesischen, malaiischen und indonesischen Seeverkehr. Seit dem 15. Jhd. tauchten dort auch die ersten Europäer, nämlich die Portugiesen auf, denen Spanier, Holländer, Franzosen, Deutsche und zuletzt die Amerikaner folgten. Während des Zweiten Weltkrieges stand das Südchinesische Meer weitgehend unter der Kontrolle Japans, das nach 1945 den USA Platz machen mußte, die auf Guam, in Okinawa, in Taiwan, auf den Philippinen und in Thailand Basen errichteten und deren Siebte Flotte für den östlichen Indik sowie für den westlichen Pazifik, vor allem auch für das Südchinesische Meer, "zuständig" ist.

Im Südchinesischen Meer befinden sich überdies zahlreiche Rohstofflager, nicht zuletzt Erdöl - von den Fischbeständen ganz zu schweigen.

Kein Wunder, daß jeder der Anlieger gerne einen möglichst großen Anteil an diesem wirtschaftlich und strategisch so wichtigen Gebiet besitzen möchte. Doch ergeben sich hier völkerrechtlich außerordentlich schwierige Fragen; sind doch die Küsten- und Inselkurven im Südchinesischen Meer ineinander ver-

schlungen wie ein Paragrafenzichen. Aufgrund der radialen Anordnung kommt es zwischen den einzelnen kontinentalen und insularen Anliegerstaaten bei konsequenter Anwendung des modernen Seerechts, vor allem des 200-sm-Prinzips, zu außerordentlich diffizilen Überschneidungen, die bereits dann schwierig zu lösen wären, wenn alle Beteiligten miteinander befreundet wären. Stehen sie sich aber gar mit rollenden Augen und mit schußbereitem Gewehr gegenüber, wie dies bei Vietnam und China der Fall ist, dann schnürt sich hier ein kaum noch zu lösender Konfliktknoten.

Seit 1979 gehört denn auch die Archipel-Frage mit zu den Hauptthemen des rituellen - und manchmal auch mit Waffen ausgetragenen - Schlagabtausches. Hauptausgangspunkte für das Hin und Her sind Argumente für und gegen die von Vietnam im September 1979 und im Januar 1982 veröffentlichten Weißbücher zur Frage der beiden Archipele.

In der vietnamesischen Sprache heißt das "Südchinesische Meer" übrigens "Ostmeer" (Bien Dong). -we-

* (5) Südkorea erhält Überflugrechte über China

Die Korean Airlines (KAL) wird während der Zeit der Olympischen Spiele, die vom 17.9. bis 2.10.1988 dauern, eine neue Flugroute über den Luftraum Chinas erhalten. Die Flugzeit nach Europa würde sich dadurch um eine Stunde verkürzen.

Dies ist ein erneuter Schritt zur Entkrampfung des komplizierten Verhältnisses zwischen den beiden (Fast-)Nachbarländern. -we-

Innenpolitik

* (6) 4. Plenarsitzung des Politbüros

Das Politbüro des XIII. Zentralkomitees der KPCh trat am 6. Februar 1988 zu seiner 4. Plenarsitzung zusammen und beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage und mit den wirtschaftspolitischen Aufgaben im laufenden Jahr. Im Mittelpunkt der Sitzung standen offenbar die hohen Preissteigerun-

gen und die Inflation. In diesem Zusammenhang wurden wirksame Maßnahmen gefordert, um die Kaufkraft zu kontrollieren und die Ausgaben zu senken, damit der Druck auf den Markt nachläßt. Über konkrete Beschlüsse wurde allerdings nichts bekannt. Darüber hinaus forderte das Politbüro eine beschleunigte und vertiefte Reform des Außenwirtschaftssystems und eine große Ausweitung des industriellen Pachtsystems. (RMRB, 7.2.88)

Gleichzeitig mit dem Bericht über die 4. Plenarsitzung des Politbüros veröffentlichte die *Volkszeitung* einen Artikel von ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang unter dem Titel "Befreien wir weiter unser Denken, und befreien wir weiter unsere Produktivkräfte!", in dem er die bisherigen Wirtschaftsreformen verteidigte und eine Fortsetzung der Reformen forderte, damit die Wirtschaft sich noch besser entwickle. -sch-

* (7) Zentralkomitee wird über personelle Besetzung der staatlichen Führungsorgane entscheiden

Das Zentralkomitee der KPCh wird vor der für den 25. März anberaumten 1. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses zu seiner 2. Plenartagung zusammentreten, um Vorschläge für die personelle Besetzung der staatlichen Führungspositionen zu diskutieren und zu verabschieden. Danach werden diese "Vorschläge" den Delegierten der 1. Tagung des Nationalen Volkskongresses vorgelegt werden, die darüber abstimmen werden. Dies gab ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang in einem Gespräch mit japanischen Journalisten der *Asahi Shimbun* am 27. Februar bekannt. Die anstehenden personellen Veränderungen innerhalb der Staatsführung seien bereits auf dem XIII. Parteitag der KPCh im Oktober 1987 in Betracht gezogen worden, erklärte Zhao ergänzend. (RMRB, 28.2.88) -sch-

* (8) Parteizentrale bindet die Parteiorganisationen der zentralen Partei- und Staatsorgane stärker an sich

Auf Beschluß der Parteizentrale sind das KPCh-Parteikomitee der direkt dem Zentralkomitee unterstehenden Organe und das KPCh-Parteikomitee der zentralen Staatsorgane in "Arbeitskomitees" umbenannt und - viel wichtiger - zu di-